

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

20.7.1929 (No. 166)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 16, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 8515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeigen: C. Krenn, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einsehr. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 am Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 16, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversen führt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von Höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenscheiter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Frankreichs Interesse an einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Vor kurzem hat der französische Außenminister Briand einer Anzahl von Pressevertretern mitgeteilt, daß er noch im Laufe dieses Jahres die Initiative zur Verwirklichung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergreifen wolle. Daß gerade der französische Außenminister es ist, der als erster von den maßgebenden europäischen Staatsmännern sich zum Gedanken eines wirtschaftlichen Pan-Europa bekennt, ist kein Zufall. Von jeher hat Frankreich alle Schwierigkeiten zu bannen versucht, die seiner „Sicherheit“ drohen könnten. Es hat sich im Vertrage von Locarno die Unverletzlichkeit seiner politischen Grenzen garantieren lassen, es hat die Initiative zur Genfer Weltwirtschaftskonferenz ergriffen, deren Ziel es sein sollte, die europäische Wirtschaft der Kontrolle des Völkerbundes zu unterwerfen, und es möchte nunmehr mit Hilfe einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sich die wirtschaftliche Stabilität sichern, die es für seine Ausfuhr innerhalb Europas braucht, und die ihm andererseits für die Reparationsfähigkeit Deutschlands notwendig erscheint.

Diese Einstellung zur wirtschaftlichen Pan-Europa-Idee wird Frankreich durch die günstige Struktur seiner Wirtschaft wesentlich erleichtert. Noch immer ist Frankreich zu einem erheblichen Teil Agrarland. Bei der letzten Volkszählung betrug der Prozentsatz der ländlichen Bevölkerung immer noch 33,6 Proz., die sich zum größten Teil aus Klein- und mittleren Bauern zusammensetzte. Von 5 702 572 bäuerlichen Einzelwirtschaften umfaßten bei der letzten Betriebszählung 4 852 968 = 85 Proz. aller landwirtschaftlichen Betriebe eine Fläche bis zu eben 10 Hektar. Frankreich ist damit in der Lage, den Großteil seiner Bevölkerung aus den Ergebnissen seiner eigenen landwirtschaftlichen Produktion zu ernähren. Die Einfuhr von Lebensmitteln ist gering, der Arbeitermangel und die Landflucht, die in den letzten Jahren in steigendem Maße auch in der französischen Landwirtschaft eingeleitet haben, werden durch die Fortschritte der modernen landwirtschaftlichen Technik mehr als aufgewogen.

Ähnlich günstig verhält es sich mit der französischen Rohstoffproduktion. Seit 1913 hat Frankreich seine Kohlenförderung um ein Sechstel vergrößert, die Kohlenproduktion verdoppelt, die Kapazität an elektrischer Kraft verdreifacht. Es produziert heute mehr Stahl als England, während seine Produktion 1913 erst ein Drittel der englischen betrug. Die Maschinenausfuhr stieg von 313 000 Tonnen im Jahre 1913 auf 1 469 000 Tonnen im Jahre 1927, die Einfuhr sank von 440 000 Tonnen auf 250 000 Tonnen. Was die Kapitalbildung anbelangt, so ist der der Wirtschaft zur Verfügung stehende Kredit zahlenmäßig heute wiederum ebenso groß wie vor dem Kriege. Für kurzfristiges Geld ist der Zinssatz nirgends so niedrig wie in Frankreich. Die Kapitalanlagen sind im Wachsen, die inländische Kapitalbildung übersteigt bereits wieder — ähnlich wie vor dem Kriege — die Kapitalnachfrage bei weitem. Frankreich ist daher wieder in der Lage, Ausleihungen an das Ausland in großem Ausmaße vorzunehmen. Die Steuereingänge sind 1928 um 2,6 Milliarden höher gewesen als im Jahre 1927. Der im Anschluß an die Finanzstabilisierung erwartete Konjunkturaufschwung ist ausgeblieben.

Angesichts dieser günstigen Lage der französischen Wirtschaft würde auch ein eventueller zeitweiliger Konjunkturrückschlag infolge des Abbaus der Zölle und anderer Handelshemmnisse von der französischen Wirtschaft zweifellos leichter getragen werden können, als von den anderen europäischen Ländern — abgesehen davon, daß es ein Arbeitslosenproblem im eigentlichen Sinne in Frankreich nicht gibt. Selbst einer vorübergehenden größeren Arbeitslosigkeit würde Frankreich ohne weiteres gewachsen sein, da es über 2 Millionen fremder Arbeitskräfte verfügt, von denen es einen Teil jederzeit abstoßen könnte. Die Probe aufs Exempel hat es in dieser Hinsicht vor einigen Jahren während einer vorübergehenden Wirtschaftskrise bereits gemacht. Damals wurden nicht weniger als 70 000 polnische Arbeiter in ihre Heimat abgeschoben.

Wahrscheinlich hat es leicht, sich für eine europäische wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft einzusetzen. Schwächer werden es die übrigen Staaten haben. Immerhin liegt der Gedanke einer sinnvollen, ökonomischen Arbeitsteilung nach der Vereinigung der politischen Atmosphäre auch im Interesse des übrigen europäischen Kontinents, kein europäischer Staat wird sich einer ernsthaften Erörterung hierüber entziehen können.

Erhöhung der amerikanischen Staatsausgaben

Washington, 20. Juli. (Tel.) Wie im Weißen Hause mitgeteilt wurde, rechnet man mit einer Erhöhung der jährlichen Staatsausgaben um schätzungsweise 240—300 Millionen. Allein das Gehalt über die Farmerhilfe wird 150 Millionen im Jahr beanspruchen.

Zusammenstoß mit Kommunisten in Hamburg

Hamburg, 20. Juli. (Tel.) Angehörige der kommunistischen Partei versuchten gestern Abend im Anschluß an eine Versammlung in geschlossenen Zügen zu demonstrieren. Die Polizei rief in einigen Fällen auf tätlichen Widerstand und mußte vom Gummiknüppel Gebrauch machen. In der Rooststraße wurden die Polizeibeamten mit Messern angegriffen. Ein Beamter erhielt mehrere Wessertische. Der Täter, ein 21jähriger Matrose, wurde festgenommen. Im Laufe der Nacht wurden noch einige andere Demonstrationsteilnehmer, die gegen Beamte tätlich vorgegangen waren, ermittelt und festgenommen.

Letzte Nachrichten

Der Konferenzort

Englisch-französische Einigung

London, 20. Juli. (Tel.) Neuter meldet aus Paris über die gestrige Unterredung zwischen Briand und Tyrrell, es heiße, daß die britische Regierung einer Stadt auf dem Kontinent als Zusammenkunftsort zustimme, jedoch unter der Bedingung, daß sie nicht so weit von London entfernt sei, wie etwa Bern oder Lausanne. Die französische Regierung ziehe zwar immer noch eine Stadt in der Schweiz vor, sei aber zu einer Vereinbarung mit der britischen Regierung gelangt. In Paris werde angenommen, daß Briand und Tyrrell einen Vorschlag vereinbart haben, der den anderen interessierten Mächten unterbreitet werden soll. Sollte der Vorschlag angenommen werden, so würde es möglich sein, den Zusammenkunftsort anfangs nächster Woche bekannt zu geben. Vorläufig werde der Name der gewählten Stadt geheim gehalten.

Der Konflikt im fernen Osten

Optimismus in Washington

Washington, 20. Juli. Die „Times“ meldet aus Washington: Auf die sieben erfolgte Demarche der Vereinigten Staaten in dem russisch-chinesischen Konflikt werden hier große Hoffnungen gesetzt. Falls es gelingen sollte, dem Ausbruch von Feindseligkeiten vorzubeugen, so wird, wie man hier glaubt, die am 24. Juli stattfindende Feier des Inkrafttretens des Kelloggpaktes eine Bedeutung erhalten, die ihr sonst wohl verjagt gewesen wäre. Kohlenfreit in der mittelbädischen Metallindustrie

Die französische Ratifizierungsdebatte

Die Lage des Kabinetts Poincaré

Paris, 20. Juli. (Tel.) Der sozialistische „Populaire“, das offizielle Organ der Sozialistischen Partei, stellt heute die Frage: „Ist Poincaré krank oder kein Kabinet?“ Unter dem Hinweis darauf, daß Poincaré trotz seiner Unpäßlichkeit gestern mittag dem Präsidenten der Republik einen Besuch abgestattet hatte, fragt das Blatt: „Ist nicht seit einigen Tagen das Gerücht im Umlauf, daß die Lage des Kabinetts nicht sehr glänzend ist?“ Behauptet man nicht sogar, einige Minister und besonders Briand und Darlan, seien der Ansicht, daß das Kabinetts flug tun würde, zurückzutreten, und daß eine Abstimmung der Regierung im günstigsten Falle nur eine ziemlich schwache Mehrheit bringen könnte? Vielleicht hat Poincaré den Präsidenten der Republik über diese Einstellung seiner Kollegen unterrichtet, und Präsident Doumergue hat Poincaré ermahnt, am Ruder zu bleiben! Man wird erklären, das seien einfache Vermutungen, aber man wird auch zugeben, daß diese Vermutungen nicht aller Wahrscheinlichkeit entbehren.

Paris, 20. Juli. (Tel.) In der französischen Kammer debatierte im Verlaufe der Ratifizierung Abg. Franklin-Bouillon, daß die von ihm angeregte Demarche bei den Vereinigten Staaten in einer Weise durchgeführt worden sei, daß ein Erfolg ausbleiben mußte. Wäre man energisch vorgegangen, dann wäre das Ergebnis ein anderes gewesen. Er hätte gewünscht, daß eine parlamentarische Mission nach Amerika entsandt worden wäre.

Außenminister Briand protestierte und fragte, ob man hier nach der ausgiebigen Debatte und nachdem alle Welt weiß, daß Frankreich sich in keiner besonderen Lage befindet, sondern diese mit 13 anderen Nationen teile, durch ein derartiges Vorgehen das Gewissen der Kammer beunruhigen wolle. Die Kammer müsse jetzt die Verantwortung übernehmen und Ja oder Nein sagen, aber nicht Ja und Nein. Wenn der Abg. Franklin-Bouillon glaube, Besseres von Amerika erreichen zu können, solle er doch die Regierung vor die Tür setzen.

Japan und die Abrüstungsfrage

Tokio, 20. Juli. (Tel.) Eine Kabinettsitzung befaßte sich zum großen Teil mit einer Erörterung der Abrüstungsbeschränkung, nachdem Außenminister Baron Schidehara einen Bericht über die Frage erstattet hatte. Es verlaute, daß die Hauptpunkte, die vereinbart wurden, im wesentlichen folgende sind:

- 1. Japan ist bereit, an einer Abrüstungskonferenz teilzunehmen, die eine positive Abrüstungsvereinbarung und nicht nur eine Beschränkung bezweckt; 2. Japan ist bereit, sich hinsichtlich des Zusammenkunftsorts unter Vorbehalt den englisch-amerikanischen Entschcheidungen anzuschließen; 3. Japan wünscht nicht, Gastgeber einer solchen Konferenz zu sein; 4. Japan wird die einfachste mögliche Gestalt des „Mahlstabes“ unterstützen. Die japanische Regierung ist, wie verlautes, überzeugt, daß die japanischen Vorkämpfer in London und in Washington über alle Entwidlungen der englisch-amerikanischen Abrüstungsabspreschungen unterrichtet worden sind, und die japanische Regierung ist bereit, die Anfangsstadien der Erörterungen in der augenblicklichen Weise fortsetzen zu lassen.

*Zur politischen Lage

Kriegsgefahr im Fernen Osten

Wir haben alle Veranlassung, den Konflikt zwischen Rußland und China mit Aufmerksamkeit und Sorge zu verfolgen. Es ist leicht gesagt, man solle den Konflikt örtlich beschränken, durch die ganze Streitfrage würden lediglich Rußland und China berührt. Wichtig ist, daß die Sowjetregierung selbst diesen Standpunkt vertritt und von einer Vermittlungsaktion des Völkerbundes nichts hören will. Aber schon allein diese Tatsache gibt zu denken.

Gewiß, Rußland ist nicht Mitglied des Völkerbundes. Aber es hat den Kelloggpakt mit unterzeichnet und wäre sonach moralisch gezwungen, sich einer schiedsgerichtlichen Vermittlung zu bedienen, bevor es zu den Waffen greift. Nun tut man allerdings in Rußland so, als ob ein Waffenkampf gar nicht beabsichtigt sei. Man hat die diplomatischen Beziehungen zur Nankingregierung abgebrochen und den Eisenbahnverkehr Rußland-China — und das heißt so viel wie den Eisenbahnverkehr Europa-China — eingestellt. Man will also mit diplomatischen und wirtschaftspolitischen Mitteln China auf die Knie zwingen.

Aber jeder verständige Mensch weiß nur zu gut, daß dann, wenn sich eine Situation erst einmal so zugespitzt hat, kriegerische Handlungen sozusagen in der Luft liegen und leicht den Anlaß zu einer regelrechten Kriegserklärung bieten können. In England und Amerika beurteilt man, wie gemeldet wird, die ganze Sachlage nicht als wirklich bedrohlich. Wir halten einen solchen Optimismus für nicht berechtigt. Man darf doch nicht vergessen, daß hinter dem politischen Konflikt zwischen Rußland und China noch etwas anderes steckt, nämlich der aus Enttäuschung geborene Ärger der Sowjetregierung, daß der Kommunismus einstweilen in China völlig zurückgedrängt ist, und auf der andern Seite die aus nationaler Sorge geborene Empörung der Nankingregierung darüber, daß der russische Bolschewismus nach wie vor versucht, sich in die innere Politik Chinas einzumischen.

An und für sich ist die rechtliche und moralische Position Chinas die bessere. Denn es stützt sich auf einen Vertrag (vom Jahre 1924), in welchem die Sowjetregierung klipp und klar zustimmt, daß die ostchinesische Bahn sowie alles dazugehörige Eigentum einschließlich aller Aktien und Anteile durch die chinesische Regierung mit chinesischem Kapital übernommen wird. Strittig war also lediglich die Form, in welcher sich dieser Übergang zu vollziehen hatte. Etwas unklar war die Sache nach ihrer staatsrechtlichen Seite hin, da der Vertrag von 1924 zwischen Rußland und der Pekingregierung abgeschlossen wurde, die Nankingregierung aber als Rechtsnachfolgerin der Pekingregierung von Rußland noch nicht in aller Form anerkannt ist. Andererseits beruft sich aber auch die Moskauer Regierung selbst auf jenen Vertrag.

Moralisch ist die Nankingregierung insofern im Recht, als sie es nicht dulden will, daß der russische Kommunismus im Bunde mit dem linken, gleichfalls kommunistischen Flügel des chinesischen Nationalismus auf den Sturz der augenblicklichen Regierung hinarbeitet. Eine jede Regierung, die noch etwas auf Autorität hält, hat das Recht, sich solche Konspirationen zu verbitten und schließlich mit Gewalt vorzugehen, wenn ihre Vorstellungen nichts fruchten.

Was wird nun geschehen? Hüben wie drüben werden Teilmobilisierungen gemeldet. Aber an und für sich ist wohl die Neigung zu kriegerischen Abenteuern auf beiden Seiten noch nicht allzu groß. Und das ist immerhin ein Hoffnungsstimmer. Aber man sollte ihm, wie schon oben gesagt, nicht zu sehr trauen: irgendwelche Ungeschicklichkeiten können die nationalen Leidenschaften so aufspitzen, daß der Krieg unvermeidlich wird.

Die These, daß es sich bei alledem nur um einen lokalen Streitfall handelt, der Rußland und China allein angeht, läßt sich nicht aufrechterhalten. Im Gegenteil! Bis zu einem gewissen Grade sympathisieren Japan und Nordamerika geradezu mit Rußland, weil sie sich China gegenüber in einer ähnlichen Lage wie Rußland befinden. Auch sie haben gewisse Bahnrechte und Landrechte auf chinesischem Boden zu verteidigen und könnten leicht Rußlands Leidensgefährten werden. Im Hintergrunde des Konfliktes erhebt sich eben immer wieder die prinzipielle Frage, ob China wirklich in den Besitz einer wahren Souveränität gelangen soll oder nicht. Insofern China

um diese seine nationale Selbständigkeit kämpft, wird es sicherlich in Deutschland auf Sympathien rechnen können. Mit der offiziellen Haltung Deutschlands hat das natürlich nichts zu tun. Hat unsere Regierung doch auf Ansuchen Moskaus und Pankings die völkerrechtliche Vertretung beider Länder übernommen.

Eine der letzten Meldungen besagt folgendes: Staatssekretär Stimson in Washington hat den Regierungen von England und Japan vorgeschlagen, gemeinsam mit der amerikanischen Regierung China und Rußland darauf hinzuwirken, daß sie als Mitunterzeichner des Kellogg-Paktes die Verpflichtung übernommen hätten, keine Kriege zu führen. Alle Differenzen, die durch die Beschlagnahme der ostchinesischen Eisenbahn entstanden seien, müßten gemäß den Bedingungen des Kellogg-Paktes durch ein Schiedsgericht beigelegt werden.

Die französische Kammer

Poincarés Stellung seiner Kammer gegenüber hat sich in der letzten Woche zusehends befestigt. Man kann wohl damit rechnen, daß am Schluß der Debatte eine Abstimmung stattfinden wird, welche das Schuldenabkommen mit Amerika ratifiziert. Das Kabinett und seine Sprecher sind mit aller Entschiedenheit bei ihrem bisherigen Standpunkt geblieben. Immer wieder ist den auffälligen Elementen der Kammer bedeutet worden, daß alle Maßnahmen in Washington nichts mehr genützt hätten und auch nichts mehr nützen würden, und daß man jetzt endlich ja oder nein sagen müsse.

Um den Konferenzort

Da sich England und Frankreich über den Konferenzort der großen Reparationskonferenz noch immer nicht einigen können, hat man jetzt versucht, Deutschland die Rolle des Vermittlers in der Weise zuzuschreiben, daß die Berliner Regierung von sich aus einen Vorschlag machen soll. Das ist keine angenehme Aufgabe für uns, und wir werden wohl, wenn überhaupt, nur zögernd an sie herangehen. In den letzten Tagen hat man von Frankreich aus für Brüssel als Konferenzort Stimmung gemacht und darauf hingewiesen, daß Deutschland und Belgien sich ja in der Frage der Markaufwertung geeinigt hätten, und daß dadurch das Verhältnis zwischen beiden Staaten ein recht gutes geworden sei. Inzwischen ist auch der Vorschlag aufgetaucht, eine holländische Stadt als Konferenzort zu wählen. Zeit wird es nun ja allgemach, daß man sich über den Konferenzort einigt.

Zur Reform der Arbeitslosenversicherung

Die Sachverständigenkommission beim Reichsarbeitsministerium behandelte in ihrem dritten Tagungsabschnitt vom 16. bis 19. Juli die Versicherungsleistungen und den Personenkreis der Versicherung, Fragen des Verfahrens und der Verwaltung und der wertschöpfenden Arbeitslosenversorgung, sowie einige Probleme minderer Bedeutung. Damit ist die erste Beratung im wesentlichen abgeschlossen. In der nächsten Woche sollen zunächst die finanziellen Fragen noch einmal eingehend erörtert werden. Mit der zweiten Lesung wird dann die Arbeit voraussichtlich am Schluß der Woche ihr Ende finden.

Aus Anlaß der Rhythmusfeier in München gab der Bayerische Kriegerveteran am Freitagabend einen Empfang, zu dem u. a. erschienen waren: General a. D. von Horn, der erste Präsident des Deutschen Reichskriegerbundes, Bayerischer Innenminister Stöckel, Oberbürgermeister Schornagel, Stahlhelmführer Selbte und als Vertreter des bayerischen Landeskommandanten der Reichswehr General v. Wenz. General a. D. v. Horn erklärte, daß der Rhythmusbund kein Gegner des Stahlhelms sei, da der geistige Inhalt beider Bewegungen übereinstimme.

Karlsruher Konzerte

Beim diesjährigen Jungesang der Singschule konnte man wieder mit großer Freude erleben, welche Bedeutung dieser neuen Art gemeinschaftlichen Musizieren hinsichtlich der Umwandlung aller erzählerischen und methodischen Prinzipien des schulmäßigen Singens zukommt. Nichts von veralteten, verrosteten Schulchor ist übriggeblieben, auch nichts von der entsetzlichen schematischen Form, in die nur zu oft eine „konzertante“ Schüleraufführung eingepreßt wurde. Man merkte überdies schon den Darbietungen der Unter- und Mittelstufe an, daß die Musik keineswegs als etwas Fremdes an die Jugend herangetragen wird, sondern mit dieser und in ihr selbst wächst und wie eine Offenbarung des eigenen Lebensausdrucks empfunden wird. Daher auch die beglückende Erkenntnis, daß hier die Jugend sich in der Tat selbst ihren Raum aufbaut und sich die geistlich-menschlichen Werte eines Liedes ebenso zu eigen macht wie dessen rein künstlerische Qualitäten. Gustav Eckert, der verdiente Leiter der gesamten 18 Klassen der Anstalt, hatte außerdem ein Programm zusammengestellt, das vom vollstimmigen Choral über Kinder- und Volkslieder zu einigen größeren geschlossenen Werken führte und in seinem Aufbau somit nochmals die Erziehungsgrundsätze aufzeigte, auf denen die moderne Musikpädagogik beruht. Einem älteren Meisters wurde dabei besonders gedacht. Joh. Adr. Peter Schulz, der übrigens über den Einfluß der Musik auf die Bildung eines Volkes fast ähnliche Meditationen anstellte wie seine modernen Nachfahren. Sehr hübsch war vor allem eine lustige Serenata, die vom gesamten gemischten Chor (etwa 600 Sängern) und durch das Kammerorchester der Badischen Hochschule zum Vortrag kam. Das übrige Liedgut wurde teils von Heinrich Gohmann am Flügel begleitet, teils verbunden sich mit den Sängern auch andere Soloinstrumente, bald eine Geige oder ein Streichquartett, bald eine Oboe — oder besonders reizvoll — ein Englischhorn. Der große Festhallsaal war überfüllt und forderte fast von jeder Klasse eine Wiederholung.

Im Rahmen des letzten Konzertes des akademischen Orchesters der Fredericiana stellte sich der Essener Pianist Hermann Drews der hiesigen Öffentlichkeit vor. Er ist ein Klavier-talent, das nach technischer Reife und künstlerischem Ausmaß schon weit über dem Durchschnitt steht. Gleich die treffliche Disposition, mit der von ihm das D-Dur-Klavierkonzert Op. 10 No. 3 gespielt wurde, offenbarte in dem jungen Künstler einen gediegenen Musiker. Zu einem noch besseren Kräfte-

Die neue spanische Verfassung

Sehr eingeschränkte Parlamentsrechte

Die spanische Nationalversammlung ist zurzeit nur eine von der Regierung ernannte Körperschaft rein beratender Natur. Sie soll jetzt den Entwurf einer neuen Verfassung prüfen. Das Ganze soll dann in einem Plebiszit vom Volke gutgeheißen werden. Für die Diskussion in der Presse ist die Zensur aufgehoben worden. Die alte Verfassung von 1876, die ein parlamentarisches Regime in Spanien zur Grundlage hatte, war übrigens nicht aufgehoben worden. Primo de Rivera hatte sie nur suspendiert und für alles, was er bisher tat, wenigstens die äußerliche Zustimmung des Königs ge-nossen, der in den entscheidenden Maßnahmen seine Unterschrift nicht verweigerte. Eine wirkliche Änderung der Verfassung wird erst jetzt mit dem neuen Entwurf beabsichtigt. Romanones schafft die Diktatur im bisherigen Sinne ab. Er ersetzt sie durch eine fast absolute Monarchie. Er umgibt die Krone zwar mit einem Parlament, jedoch sind die Rechte des Parlaments sehr eingeschränkt, und nur zur Verzierung trägt es den traditionellen Namen der „Cortes“. Jedenfalls ist die parlamentarische Verantwortung der Regierung vor dem Parlament ausgeschlossen. Hervorgehen soll es aus dem allgemeinen Wahlrecht mit Einschluß der Frauen. Jedoch wird nur die eine Hälfte so gewählt. Die andere Hälfte der Mitglieder wird von den Berufsorganisationen ernannt.

Außerdem soll ein „Consejo del Reino“ als eine Art oberste Instanz in den Regierungsorganismus eingegliedert werden. Der König erhält zur Ausübung der Exekutive eine Art Reichsrat. Er besteht aus 36 Mitgliedern, davon sind 9 auf Grund eigenen Rechtes Mitglieder, der Erzbischof von Toledo, die obersten Leiter der Armee und der Flotte, der Präsident des Staatsrates, des höchsten Gerichtes usw. Außerdem sitzen der Thronerbe und die Kinder des Königs und des Thronerben darin. Die übrigen Mitglieder werden zum Teil vom König ernannt, zum Teil in indirekter Wahl vom Volke und, wie das Parlament, von den Berufsorganisationen gewählt. Auch dieser Rat hat nur beratenden Charakter, doch steht ihm ein Einspruchsrecht gegen Gesetze zu, die das Parlament genehmigt hat. Allerdings kann dieses Vetorecht gegen Gesetze nur einmal ausgeübt werden. Ein erneut vom Parlament gebilligtes Gesetz erlangt Geltung. Der König hat den Rat in allen wichtigen Angelegenheiten zu befragen, ohne an dessen Zustimmung gebunden zu sein. Der Entwurf stellt — wie die „Frankf. Ztg.“ schreibt — den Versuch dar, ein absolut autoritäres Regime mit einigen scheinbar liberalen Gedanken zu durchsetzen. Eine begeisterte Aufnahme ist ihm in Spanien nicht bereitet worden. Im Gegenteil, er stieß auf sehr viele und ablehnende Kritik.

Der spanische Ministerrat hat den Entwurf eines Dekretes angenommen, das dem König nach seiner Rückkehr aus London zur Unterzeichnung vorgelegt werden soll. Danach wird die Zahl der Mitglieder der Nationalversammlung um 40 bis 50 erhöht, und zwar sollen angesichts der wichtigen Verhandlungen über die Verfassungsfrage die ehemaligen Ministerpräsidenten, die ehemaligen Präsidenten von Kammer und Senat u. a. der Nationalversammlung als Mitglieder angehören. Zu den neuen Mitgliedern wird u. a. auch Graf Romanones gehören. Ferner werden mehrere Korporationen und andere Faktoren der öffentlichen Meinung aller politischen Richtungen, z. B. der Allgemeine Gewerkschaftsbund, aufgeführt werden, Vertreter für die Nationalversammlung zu benennen. Endlich sollen auch die spanischen Akademien aller Art sowie die Ärzteverbände und die Rechtsanwaltschaft in der Versammlung vertreten sein.

Wiesbadens Oberbürgermeister Dr. Oberbürgermeister Travers in Wiesbaden ist Mittwochabend an der schweren Lungen- und Rippenfellentzündung, die ihn vor einigen Wochen inmitten der schwierigsten Etatberatungen befallen hatte, im Alter von 55 Jahren gestorben. Der Verstorbene wurde am 14. August 1874 in Karlsruhe als Sohn des verstorbenen Oberlandesgerichtsrats Heinrich Travers geboren.

Im Berliner Stinnes-Prozess wird das Urteil erst Ende nächster Woche erwartet. Rechtsanwält Dr. Alberg begann gestern das Plädoyer für Hugo Stinnes. Der Festakt der Danziger Technischen Hochschule. Aus Anlaß der 25-Jahrfeier der Danziger Technischen Hochschule fand am Freitag ein akademischer Festakt statt. Verschiedene Redner betonten den deutschen Charakter Danzigs. Gesandter vom Auswärtigen Amt wies als Leiter der kulturpolitischen Abteilung dieses Amtes auf die großen Zukunftsaufgaben der Technischen Hochschule Danzigs hin.

maßstab seiner hohen Fertigkeiten ward sodann die Wiedergabe des Soloparts im Mozart'schen Es-Dur-Konzert; das war nicht bloß sorgsam nachschöpfend, sondern faszinierend Neuschöpfen! Daß der Abend sich zu einer wirklichen Feierstunde der Ohren und der Herzen gestaltete, daran hatte auch die gute Begleitung der jungen Akademie teil, die sich dem Maß sehr diszipliniert anpaßte. Auf adäquater Höhe hielten sich ebenfalls die zwei anderen Instrumentalabteilungen des Programms; zunächst eine Suite des nur durch den „Zodiakus musicus“ bekannten Edmücorer und weiterhin ein Concerto grosso Handels, bei dem Bernh. Busch, Kurt Radner und Ab. Dittler (Concertino), sowie Gertrud Baumann (Cembalo) mitwirkten. Heinrich Cassimir leitete alle Werke mit oft bewährter musikalischer Sachlichkeit und erwünschter Ruhe.

Ein kurzes Nachwort schloß sich noch zu den Vorpielen, welche unter der Leitung Friedrich Schaads die der Ortsgruppe des Deutschen Musiker-Verbandes zugehörnde Musiklehrerschaft an den beiden letzten Sonntagen im Bürgeraal veranstaltete. In sechs Konzerten fand auch dieser Teil der hier wirkenden Pädagogen ausreichende Gelegenheit, die breite Öffentlichkeit von den Fortschritten ihrer Schüler zu überzeugen. Soweit ich den Vorpielen anwohnte, gab es manche Leistungen, die wirklich künstlerisch zu bewerten waren, daneben aber auch recht viel, bei dem man nicht einmal den sonst bei Schüleraufführungen üblichen Maßstab anlegen durfte. Dagegen sollte jedoch der Verband im eigenen Interesse sich energisch zur Wehr setzen, denn auch falscher Über-eifer und Überproduktion können schaden, und wenn es wahrhaftig schon keine leicht Aufgabe scheint, überhaupt so verschiedene Vortragswünsche zu befriedigen, dann sollte man mindestens eine sorgfältigere und gewissenhaftere Auswahl treffen. Es ist doch wohl kaum nötig, daß eben jeder Gläubige öffentlich produziert, nur erarbeitetes Können rechtfertigt ein Auftreten an einer Stelle, die immerhin in bescheidenem Umfang wenigstens etwas Positives an Qualität voraussetzt. H. Sch.

Tonfilm-Aufführung in Baden-Baden. Als Auftakt der „Deutschen Kammermusik Baden-Baden“ gelangen Donnerstags, den 25. Juli, Tonfilme deutscher Produktion (Lobis) zur Aufführung: „Epilode“ von Hans Conrad, Musik von Paul Dessau, „Vormittagsputz“ von Richter-Gräff-Hindemith, „Alles dreht sich — alles bewegt sich“ von Hans Richter, Musik von Walter Cronofag; „La petite Lily“ von Calvalanti, Musik von Darius Milhaud.

Die Städtezusammenlegung im Rheinland

Proteste

Der preussische Staatsrat ist auf Dienstag, den 28. Juli, einberufen worden, um die Frage eines eventuellen Einstriches gegen das westliche Umgemeindungs-gesetz zu prüfen. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die Wirtschaftspartei beabsichtigt, gegen das vom Landtag beschlossene Gesetz über die kommunale Neugliederung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Klage beim Staatsgerichtshof einzubringen, mit der Begründung, daß das Gesetz gegen den Artikel 70 der preussischen Verfassung verstoße, nach welchem den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten gewährleistet wird. Demgegenüber ist von zuständiger Seite bereits betont worden, daß der aus-gesprochene Zweck des Umgemeindungs-gesetzes gerade der sei, im Rhein-Ruhrgebiet für Gemeinden und Kreise durch Änderung der durch die Entwidlung längst überholten alten Grenz-ziehungen die materiellen Grundlagen einer gesunden Selbstverwaltung neu zu schaffen.

Durch das Umgemeindungs-gesetz für das Ruhrgebiet ist die Eingemeindung der Stadt Rempe in das benachbarte Remscheid beschlossen worden. Dieser Beschluß des preussischen Landtags hat bei den Rempeern aber wenig Freude erregt. Auf einer Versammlung unter freiem Himmel in Rempe hat der Bürgermeister der Stadt eine Ansprache gehalten, die mit dem Aufschrei: „Herr, mach uns frei!“ In einer Entschiedenheit, die diese Veranlassung annahm, heißt es: „Wir einst die Völker in Zeiten der Not die Waffe ergreifen, um sich dem eindringenden Feind entgegenzusetzen, so greift heute Rempeps Einwohnerschaft zum geistigen Schwert der Abwehr. Sie verlangt auf Grund der beschworenen Verfassung ihr Selbstbestimmungsrecht. Sie erhebt feierlich Einspruch dagegen, daß man eine alteingesessene Einwohnerschaft ohne zureichenden Grund gegen ihren einmütigen Willen einer fremden Stadt einverleiben will.“

Eine in Düsseldorf abgehaltene Besprechung zwischen Stadtverordneten von Elberfeld und Barmen und der Regierung Düsseldorf ergab, daß Oberbürgermeister Dr. Hartmann, Barmen, die kommunistische Verwaltung der neuen Wuppertal-Barmen-Elberfeld übernimmt.

Der Zusammenschluß der ländlichen Genossenschaften

Die überaus langwierigen und komplizierten Verhandlungen über den Zusammenschluß in ländlichen Genossenschaftswesen Deutschlands sind — wie aus Berlin gemeldet wird — zum Abschluß gelangt. Wenn die einzelnen Verbände den einstimmigen Empfehlungen der sog. Einigungs-kommission für die Belegung der leitenden Posten im neuen Einheitsverband zustimmen, dann dürfte der endgültigen Schaffung dieses Einheitsverbandes nichts mehr im Wege stehen.

Der neue Verband wird den Namen „Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — e. V.“ tragen. Er umfaßt schon im Augenblick seines Entstehens rund 36 000 Einzelgenossenschaften mit rund 3 Millionen — von insgesamt 4 Millionen — landwirtschaftlichen Betrieben. Der Leitung der Kreuzzentrale ist es gelungen, ihren Kandidaten, den Zentrumsabgeordneten Reichsfinanzminister a. D. Hermes, als gleichberechtigtes Mitglied neben einem alten Genossenschaftler, dem Geheimrat Soltenegg (Wülfen) ins erste Präsidium des Verbandes hineinzubringen, wobei allerdings, da die Geschäfte der Präsidenten ehrenamtlich geführt werden sollen, für Hermes kein abgeschlossener Arbeitsbereich vorhanden sein wird.

An den Verhandlungen nahmen teil: 1. Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, 2. Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften, 3. Genossenschaftsverband der deutschen Bauernvereine, 4. Genossenschaftsverband des Reichs-Landbundes, 5. Genossenschaftsverband der Deutschen Bauernschaft, 6. Mittelrheinischer Genossenschaftsverband, 7. Verband der oberhessischen Genossenschaften. Den zuständigen Organen der Genossenschaftsverbände wird einstimmig folgender Vorschlag zur unbedingten Annahme empfohlen:

Am die Spitze des Einheitsverbandes tritt ein Präsidium. Gleichberechtigte Präsidenten werden Geheimrat Landesökonomierat Soltenegg und Reichsminister a. D. Dr. Hermes. Stellvertretende Präsidenten werden Landesökonomierat Dr. Rabe und Regierungspräsident z. D. Fehr. von Braun, Generalanwalt und als solcher Mitglied des Präsidiums wird Generalanwalt Regierungsrat Genners. Erster Stellvertreter des Generalanwalts und dessen erster Vertreter im Präsidium wird Direktor Schmidt, zweiter Stellvertreter des Generalanwalts und dessen zweiter Vertreter im Präsidium Direktor Brenning.

Das Ehrenpräsidium des genossenschaftlichen Einheitsverbandes wurde dem Präsidenten des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Landesökonomierat Dr. h. c. Johannsen, angetragen.

Das Saargebiet im Ferngasplan

Besonders dringlich erscheint — wie der „Voss. Ztg.“ aus Saarbrücken berichtet wird — die Notwendigkeit, der wirtschaftlichen Lösung der Saargebietsvorarbeiten. Das gilt vor allem von der Kohlenverwertung. Bei der Verwertung des deutschen Marktes mit Elektrizität und Ferngas hat das Ruhrgebiet einen außerordentlichen Vorsprung erlangt: Je länger die Ungewißheit im Saargebiet andauert, desto schwieriger wird die Wiedereingliederung.

Es ist deshalb besonders erfreulich, daß soeben ein Abkommen vereinbart worden ist, das verspricht, daß das Saargebiet von der Gasfernverwertung Süddeutschlands ausgeschaltet wird. Die Verständigung, deren Einzelheiten demnächst vom Reichswirtschaftsministerium bekanntgegeben werden sollen, schafft zunächst eine Demarkationslinie zwischen dem Absatzgebiet des Ruhrreviers und der Saar, die von Neuzerburg in der Eifel ausgeht und bei Hingerbrud den Rhein erreicht. Das südliche Gebiet soll der Saar vorbehalten werden. Bayern bleibt vorläufig aus dem Spiel.

Bezüglich Württemberg und Baden wurde vereinbart, daß die Ruhr ein Kontingent von 40 Millionen Kubimetern erhält, die Saar von 20 Millionen. Was darüber hinausgeht, soll im Verhältnis von 80 : 40 aufgeteilt werden. Bezüglich Preisen erhält das Ruhrgebiet vorweg ein Kontingent von 40 Millionen Kubimetern. Der Übergang soll zwischen Ruhr und Saar nach einem Schlichter verordnet werden ähnlich der Regelung wie im übrigen Süddeutschland.

Das zweite Arbeiterturn- und Sportfest in Nürnberg wurde am Freitag eröffnet. Reichstagspräsident Lobe und Reichsinnenminister Seewitz waren erschienen.

Max Reinhardt's Bruder. In einem Sanatorium in Baden bei Wien starb Edmund Reinhardt, der Bruder Max Reinhardt's und geschäftlicher Leiter seiner Theater, nach langem schweren Leiden im 63. Lebensjahre.